

Die Legitimation sozialer Ungleichheit – Bildung, Status und die Akzeptanz von Ungleichheit auf Basis des meritokratischen Prinzips

ANDREAS HADJAR

1. EINLEITUNG

Soziale Ungleichheiten – im Sinne von Unterschieden in der Ausstattung mit Gütern wie Bildung, Einkommen, Status, Macht sowie in Lebenschancen (z.B. Gesundheit, Lebenserwartung, Lebenszufriedenheit, politische Beteiligung etc.), die sozial strukturiert und an bestimmte privilegierte oder benachteiligte Positionen (z.B. Stellung im Beruf) innerhalb der Gesellschaft gekoppelt sind (Dahrendorf 1974 [1967], 336) – sind in modernen marktorientierten Gesellschaften allgegenwärtig. Die gesellschaftliche Ordnung, die sich in Deutschland, Österreich oder Luxemburg als konservativ-korporatistischer Wohlfahrtsstaat (Esping-Anderson 1990) bzw. gesteuerte Marktwirtschaft kennzeichnen lässt, wird weit hin, wenngleich nicht universell, anerkannt. Ungleichheiten, die insbesondere für das eben genannte Wohlfahrtsstaatsregime typisch sind, werden nämlich von breiteren Bevölkerungsschichten diskutiert und nicht pauschal akzeptiert. Im Rahmen dieses Beitrags soll zum einen aufgezeigt werden, welche verschiedenen Prinzipien der Legitimation sozialer Ungleichheit es gibt. Im Hinblick auf das in modernen marktorientierten Gesellschaften dominante meritokratische Prinzip soll dann theoretisch und empirisch geklärt werden, wer diesem Prinzip besonders anhängt, wobei auf das Bildungsniveau und den Status eingegangen wird. Des Weiteren soll gefragt werden, ob die Legitimation der Ordnung auf Basis bestimmter Prinzipien überhaupt relevant ist und welche Konsequenzen

eine mangelnde Akzeptanz der Ordnung auf der individuellen und der gesellschaftlichen Ebene hat.

Im Zentrum der Akzeptanz sozialer Ungleichheit in modernen marktorientierten Industriegesellschaften steht das meritokratische Prinzip, das eng mit der Idee der Leistungsgerechtigkeit in der Verteilung von Gütern bzw. Belohnungen und Positionen verknüpft ist. Nach dem klassischen Konzept von Young (1958) sollen nach dem meritokratischen Prinzip Güter (u.a. Einkommen), Positionen, aber auch Herrschaft entsprechend intellektuellen Leistungen und Fähigkeiten verteilt werden und nicht nach askriptiven Merkmalen wie der sozialen Herkunft (vgl. Becker/Hadjar 2009). Die besondere Bedeutung des meritokratischen Prinzips in marktorientierten, kapitalistischen Gesellschaften ergibt sich daraus, dass dieser Gesellschaftstypus durch Arbeitsteilung und einen (marktbasierten) Austausch von Produkten und Wettbewerb gekennzeichnet ist (Meulemann 2004; Hadjar 2008). Da das meritokratische Prinzip auf eine Stärkung legitimer Merkmale (Ausbildung, Noten) zum Statuserwerb abzielt und somit Bildung in dessen Zentrum steht, zeigt sich eine besondere Nähe zu modernen (Bildungs-) Gesellschaften, die von einer Bildungsexpansion und einer zunehmenden individuellen und gesellschaftlichen Bedeutung von Bildung gekennzeichnet sind (vgl. Hadjar/Becker 2006).

Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit und die Legitimation der gesellschaftlichen Ordnung sind eng verbunden, wobei Legitimität hier nach Levi et al. (2009, 356) als »a sense of obligation or willingness to obey authorities« definiert werden soll. Soziale Ordnung und auch die Ordnung sozialer Ungleichheit ist im Sinne von Hobbes (2002 [1651]) oder auch des schottischen Moralphilosophen Hume (1972 [1751]) nur möglich, wenn sich Individuen den Notwendigkeiten und Ordnungsprinzipien des Staates bzw. der Ordnung, in der sie leben, unterordnen und deren Regeln und Prinzipien akzeptieren. Die Ordnung sozialer Ungleichheit braucht – insbesondere in demokratischen bzw. nicht-totalitären Gesellschaften – Akzeptanz im Bewusstsein der Gesellschaftsmitglieder (vgl. Mayer/Solga 1994). Der Grad der Legitimität der sozialen Ordnung bemisst sich u.a. daran, inwieweit die Betroffenen den »Mechanismen, durch die die Ressourcen verteilt werden« (Wegener 1992, 269) und damit den Prinzipien sozialer Ungleichheit zustimmen. Die zentrale Rolle der Akzeptanz sozialer Ungleichheit wird auch von Mau (1997, 3) herausgestellt: »[In] den Einstellungen der Bevölkerung zur sozialen Ungleichheit offenbart sich die Legitimität der gesellschaftlichen Ordnung samt ihren typischen Verteilungs- und Zuteilungsstrukturen von Lebenschancen, Gütern und Belohnungen«.

Die Idee, dass Legitimität eng mit »innerlichen« Prinzipien verbunden ist, findet sich bereits im klassischen Konzept von Max Weber, nach dem die Le-

gimität einer sozialen Ordnung auf folgende zwei Weisen garantiert werden kann: a) »rein innerlich« (Weber 1992 [1920], 685), womit die Ebene des Glaubens an die Ordnung, der Überzeugungen und der Gefühle in Bezug auf die soziale Ordnung angesprochen wird, und b) »auch (oder: nur) durch Erwartungen spezifischer äußerer Folgen«, wobei sich Weber auf die soziale Realität bezieht, die Einfluss auf die Legitimität einer sozialen Ordnung nehmen kann, unabhängig vom Glauben und den Überzeugungen individueller sozialer AkteurInnen (vgl. auch Hadjar/Köthemann 2014).

Nach diesen einführenden Bemerkungen und Begriffsbestimmungen wird im nächsten Abschnitt auf verschiedene Prinzipien der Akzeptanz von Ungleichheit eingegangen. Daran anschließend werden theoretische Überlegungen angestellt, welche sozialen Gruppen – hier stehen die Merkmale Bildungsniveau, Status und Statusinkonsistenz im Vordergrund – Ungleichheit besonders auf Basis des meritokratischen Prinzips akzeptieren und welche nicht. Schliesslich werden empirische Befunde zur gruppenspezifischen Akzeptanz von Ungleichheiten präsentiert, wobei die statistischen Erläuterungen eher sparsam gehalten und die inhaltlichen Ergebnisse im Vordergrund stehen. Im Schlussteil wird ein Ausblick auf Basis weiterer Befunde gewagt, welche Konsequenzen die Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz von Ungleichheit haben könnten.

2. PRINZIPIEN ZUR LEGITIMATION SOZIALER UNGLEICHHEIT

Wie eingangs dargestellt, hängt das Ausmaß, zu dem soziale Ungleichheit akzeptiert wird, von bestimmten Prinzipien ab. Allgemein ist zunächst auszuführen, dass soziale Ungleichheit »in modernen Gesellschaften in dem Maße als akzeptabel und tolerierbar [gilt], wie sie mit den jeweiligen Gleichheitszielen und Gerechtigkeitsnormen vereinbar ist und legitimiert erscheint« (Noll 1992, 1). Die Wahrnehmung und Bewertung sozialer Unterschiede in der Lebenswelt durch die Individuen ist dabei von besonderer Bedeutung; beide können sich allerdings über die Zeit ändern, und sich sowohl zwischen Nationen und Kulturen, aber auch innerhalb dieser zwischen Gruppen unterscheiden (Noll/Roberts 2003). Im Hinblick auf das in den weiteren Ausführungen besonders in den Blick genommene meritokratische Prinzip bedeutet dies:

»(W)enn individuelle Leistungen und Fähigkeiten als legitime Selektionsprinzipien gelten und Chancengleichheit den dominanten Standard sozialer Gerechtigkeit darstellt, dann wird Ungleichheit in dem Maße akzeptiert, zu dem Chancengleichheit geglaubt und das

Prinzip individueller Leistung und Fähigkeit als weitgehend realisiert gilt.« (Mayer 1975, 72)

Vorwegzunehmen ist, dass diese Prinzipien nicht der Realität entsprechen müssen, sondern auch Legitimationsmythen im Sinne von Sidanius und Pratto (1999) darstellen können, die Ungleichheit verschleiern bzw. gegen Kritik immunisieren.

Im sozialwissenschaftlichen Diskurs existieren verschiedene Klassifikationssysteme zu Legitimationsprinzipien sozialer Ungleichheit, in denen das meritokratische Prinzip oder auch nur Elemente davon, aber auch die entsprechenden entgegengesetzten Prinzipien identifizierbar sind. Im Folgenden sollen einige dieser Klassifikationen beschrieben werden. Eine generelle Unterscheidung im Hinblick auf die Grundlagen des Staterwerbs findet sich zunächst bei Linton, der *zugeschriebene und erworbene Ungleichheit* gegeneinander abgrenzt:

»Ascribed statuses are those which are assigned to individuals without reference to their innate differences or abilities. They can be predicted and trained from the moment of birth. The achieved statuses [...] are not assigned to individuals from birth but are left open to be filled through competition and individual effort.« (Linton 1964 [1936], 203)

Das Erstgenannte der hier gegenübergestellten Verteilungsprinzipien basiert auf askriptiven Merkmalen wie Herkunft (»ascribed status«), im letztgenannten kommt ein meritokratisches Leistungsprinzip (»achieved status«) zum Ausdruck.

Im Sinne einer »Leistungstheorie sozialer Ungleichheit« grenzt Hondrich (1984) das meritokratische Prinzip von einem Prinzip der Gleichverteilung ab. Er unterscheidet zwei Formen sozialer Ungleichheit, hinter denen jeweils wertbasierte Prinzipien stehen. *Belohnungs-Ungleichheit* bezieht sich auf die ungleiche Verteilung von Gütern und ökonomischen Gegenständen (Geld, Einkommen, Macht etc.). Diese Form der Ungleichheit, aus der sich die Forderung nach Gleichverteilung der Ressourcen ergibt, hat zugunsten einer »Leistungstheorie sozialer Ungleichheit« im gesellschaftlichen Diskurs an Bedeutung verloren. Letzteres Denkmuster verbindet *Chancen- und Leistungsungleichheit* und stellt eine Anwendung des meritokratischen Prinzips dar. Es enthält die Prämisse, dass »die mögliche Verteilung von Gütern auf soziale Schichten/Klassen/Kategorien durch deren ungleiche Beiträge zur Güterproduktion zu erklären ist« (Hondrich 1984, 270), wobei gleiche Zugangschancen zu Bildung und Berufspositionen – und damit zur Leistungserbringung – vorausgesetzt werden.

Ein weiteres einflussreiches Konzept zur Systematisierung von Legitimations- bzw. Gerechtigkeitsprinzipien findet sich in der Gerechtigkeitsforschung

von Wegener und Liebig (1999; Liebig/Wegener 1995). Es werden vier Prinzipien unterschieden, welche jeweils spezifischen strukturellen Settings zugeordnet werden können: Aus dem Blickwinkel des *Egalitarismus* wird die Gleichverteilung der Güter angestrebt, wobei dem Staat eine wesentliche Rolle bei der (Um-)Verteilung zugeschrieben wird. Die Dimension des *Individualismus* bezieht sich auf eine Weltsicht, in der starke Ungleichheiten als legitim erscheinen, wenn die Güterverteilung im Wesentlichen durch den Markt – u.a. in Orientierung am meritokratischen Leistungsprinzip – koordiniert wird. Die Position des *Askriptivismus* legitimiert im starken Maße soziale Ungleichheiten; die Zugehörigkeit zu einer über zugeschriebene soziale Merkmale (z.B. nach sozialer Herkunftsschicht, Geschlecht, Migrationsstatus) bestimmte Gruppe gilt bereits als legitimer und gerechter Mechanismus der Güterverteilung. *Fatalismus* beschreibt schließlich den Verzicht auf Gerechtigkeitsforderungen. Die Frage nach der Gerechtigkeit wird als nicht lösbar angesehen; die Güterverteilung wird nicht der sozialen Welt, sondern der nicht veränderbaren »natürlichen« oder metaphysischen Welt zugeschrieben (Liebig 2004, 6).

Neben diesen Sichtweisen auf soziale Ungleichheit sind schließlich auch Rechtfertigungen bzw. Kritik sozialer Ungleichheit anzuführen, die ihrem Ursprung nach stärker der politischen und wissenschaftlichen Sphäre zuzuordnen sind und die ebenso Eingang in öffentliche Diskurse gefunden haben. Zu solchen grundlegenden Legitimationsargumentationen gehören nach Mau (1997, 52-53) folgende drei Erklärungen: Aus Sicht der funktionalistischen Schichtungstheorie (Parsons 1953; Davis/Moore 1967 [1945]) wird die *Motivationsfunktion* sozialer Ungleichheit hervorgehoben. Danach sei es für arbeitsteilige und sozial differenzierte Gesellschaften funktional, durch unterschiedliche Belohnungen einen Anreiz zu geben, bestimmte (höhere) Arbeitspositionen zu besetzen. Ein weiteres Rechtfertigungsmuster sozialer Ungleichheit, das die Definition der gerechten Verteilung ebenso wie die Einhaltung des (meritokratischen) Prinzips an den Markt delegiert (Bornschiefer 1991), ist der Verweis auf die *gesamtgesellschaftliche Wachstumsfunktion von Ungleichheit*. Soziale Ungleichheit unterstütze die Systemstabilität und das Wirtschaftswachstum, indem die Ungleichverteilung von Belohnungen dazu motiviere, die Produktivität zu steigern und das Wirtschaftswachstum voranzubringen. Der allgemein steigende Wohlstand, von dem auch untere Schichten profitieren würden, gilt als Begründung dafür, dass dieser Wohlstand ungleich verteilt ist. Ein besonders an die unteren Schichten und UngleichheitskritikerInnen gerichtetes Argument ist dabei, dass das Wirtschaftswachstum letztlich Investitionen ermögliche, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen können. Demgegenüber stellt die *Herrschaftsfunktion* des Systems sozialer Ungleichheit ein Argument zur De-Legitimation sozialer Ungleichheit

dar, denn diese wird vor allem in kritisch-egalitären Haltungen gegenüber Ungleichheit thematisiert. Die Ordnung sozialer Ungleichheit erscheint darin als Ausdruck der Herrschaftsstruktur von Gesellschaften (Dahrendorf 1974 [1967]). Staatliche oder wirtschaftliche Institutionen und Normensysteme, welche die Auswahlprozesse bei der Besetzung von Positionen sowie die Verteilung von Privilegien strukturieren (Parkin 1971, 27), zielen auf die Aufrechterhaltung des bestehenden (Güter- und) Machtgefälles zwischen den oberen und unteren Schichten und ermöglichen »es den gesellschaftlichen Eliten, ihre privilegierten Positionen auf Dauer zu stellen« (Mau 1997, 53). Aus dieser Perspektive erscheint besonders das meritokratische Element der Chancengleichheit als Legitimationsmythos, der von den Profiteuren dieses Prinzips angeführt wird, um von faktischen Ungerechtigkeiten – die u.a. durch das Bildungssystem reproduziert werden – abzulenken.

3. WER AKZEPTIERT SOZIALE UNGLEICHHEIT AUF BASIS DES MERITOKRATISCHEN PRINZIPS? THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN UND EMPIRISCHE BEFUNDE

Trotz der Vielfalt der Rechtfertigungsmuster von Ungleichheiten kann festgehalten werden, dass das meritokratische Prinzip insbesondere in industrialisierten Bildungsgesellschaften eines der zentralen Legitimationsprinzipien ist. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es in bestimmten Teilen bzw. Gruppen der Gesellschaft mehr akzeptiert wird als in anderen: Wer akzeptiert soziale Ungleichheiten auf der Basis des meritokratischen Prinzips? Aus einer soziologischen Ungleichheitsperspektive heraus erscheinen Bildung und Status dabei als wesentliche Faktoren, von denen angenommen werden kann, dass sie die Akzeptanz des meritokratischen Prinzips beeinflussen, weil sie eng mit diesem verknüpft sind. Diese Hypothese soll im Folgenden zuerst begründet und danach empirisch geprüft werden.

3.1 Bildung und die Akzeptanz sozialer Ungleichheit

Im Hinblick auf die Ableitung von Hypothesen sind verschiedene Funktionen von Bildung zu unterscheiden. Zum einen verweist der Begriff der Bildung auf *kognitive Fähigkeiten*, zum anderen ist Bildung aber auch eine auf dem *Arbeitsmarkt verwertbare Ressource*, die in Status umgesetzt werden kann und entsprechend ein Instrument im Statuserwerb ist (Selektions- und Statuszuweisungsfunktion des Bildungssystems; Mayer/Blossfeld 1990). Schließlich ist auch die

Sozialisationsfunktion der Schule als Instanz zur Vermittlung gesellschaftlicher Normen, Werte und Handlungsmuster (Kneubühler 2004) zu erwähnen, d.h. je nach besuchter Schule ist von distinkten Sozialisationsinhalten – dazu gehören auch Orientierungen hinsichtlich der Prinzipien sozialer Ungleichheit – auszugehen. Letztere Funktion ist wiederum eng mit der Fokussierung auf Bildung als kognitive Ressource verknüpft. Im Hinblick auf die folgenden Betrachtungen wird in Anlehnung und in Zuspitzung der Unterscheidung von Kaufmann (2005, 29) zwischen Bildung als *Humanvermögen* im Sinne kognitiver Ressourcen und Bildung als *Humankapital* im Sinne der wirtschaftlichen Verwertung von Bildung unterschieden.

Bildung erscheint zunächst als *Humanvermögen*. Mit einem höheren Bildungsniveau werden vor allem erweiterte kognitive Fähigkeiten und Handlungskompetenzen assoziiert, die nicht nur bedeutsame Voraussetzungen für die Lebensgestaltung und die Partizipation in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen darstellen (Mayer 1992), sondern die über die damit verbundenen ausgeprägteren Reflexionsfähigkeiten zu einer stärkeren Infragestellung gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen. Es ist anzunehmen, dass dies mit einer kritischeren Einstellung gegenüber sozialer Ungleichheit bzw. der sie verursachenden Verteilungsprinzipien in der Gesellschaft einhergeht.

Aus verschiedenen theoretischen Perspektiven heraus erscheint diese Argumentation als plausibel. Nach der genuin rationalen Perspektive des *Subjective-Expected-Utility*-Ansatzes (Becker 2003; Esser 1999) sinken mit ausgeprägteren kognitiven Fähigkeiten die Kosten, (politische) Einstellungen und Werthaltungen – und somit auch Gerechtigkeitsprinzipien – zu reflektieren. Gleichzeitig steigen die Wirksamkeitsüberzeugungen in Form von wahrgenommenen Erfolgswahrscheinlichkeiten, eine solche Hinterfragung leisten zu können. Dies macht für höher gebildete Menschen eine verstärkte Auseinandersetzung mit Verteilungs- und Gerechtigkeitsprinzipien wahrscheinlich. Ähnlich argumentieren lässt sich anhand von Ansätzen zur »kognitiven Mobilisierung« (Inglehart 1998; Baumert 1991). Schulbildung gilt danach als aussagekräftiger Indikator für den Grad der individuellen kognitiven Mobilisierung (Hoffmann-Lange 1997), d.h. der politischen Involviertheit und politisch-gesellschaftlichen Interessen, der Bedeutung von Politik im Leben, der Fähigkeiten zur Verarbeitung politischer Informationen und politischer Kommunikation (vgl. Gabriel 1987). Hervorzuheben ist das mit höheren kognitiven Ressourcen einhergehende, stärker ausgeprägte allgemeine Problembewusstsein (Meulemann 1992), das eine stärkere Reflexion – oder je nach Interessenlage auch Hinterfragung – der gesellschaftlichen Verhältnisse bedeutet. Es ist zudem davon auszugehen, dass »Höhergebildete in höherem Maße den Zugang zu solchen Medien finden und diese

auch nutzen, in denen Informationen über gesellschaftliche und soziale Ursachen der Ungleichverteilung von Gütern vermittelt werden« (Watermann 2003, 37). Eine weitere Argumentation in diesem Zusammenhang ist auch, dass Höhergebildete Meritokratie als »Mythos« im Sinne eines ungerechtigkeitsverdeckenden Prinzips entlarven können, da sie in der Gesellschaft tatsächlich wirkende Verteilungs- bzw. Gerechtigkeitsprinzipien besser wahrnehmen – auch wenn sie, was später unter Verweis auf ein Paradox näher beschrieben wird – oft selbst von Ungleichheit profitieren. Diese Perspektive spielt darauf an, dass Ungerechtigkeit aus Sicht des meritokratischen Prinzips zwar theoretisch gerecht erscheint, aber das Prinzip selbst, insbesondere aufgrund nicht bestehender Chancengleichheit als Voraussetzung, in der Realität nicht gerecht verwirklicht werden kann (vgl. Solga 2005; empirische Evidenzen zu dauerhaften Bildungsungleichheiten bei Becker 2003). Aus der Verknüpfung von gerechtigkeits-theoretischen Überlegungen von Gouldner (1973) und entwicklungspsychologischen Überlegungen von Piaget (1992 [1947]) und Kohlberg (1995 [1984]) ist zu vermuten, dass höher gebildete Individuen mit ausgeprägteren Fähigkeiten Gerechtigkeitsmotive nicht nur aus rationalen Überlegungen anwenden. Sie favorisieren nicht nur ein ihnen zuträgliches bzw. nutzenmaximierendes Prinzip, sondern ein Prinzip, das universell von Nutzen ist und über das Reziprozitätsprinzip im engen Sinne des Automatismus von Leistung und direkter Gegenleistung hinausgeht. Daher sollten sie dem meritokratischen Prinzip, das eng mit den Reziprozitäts- und Proportionalitätslogiken verknüpft ist, kritischer gegenüberstehen als generellen Gleichheitsprinzipien, z.B. im Sinne von Ergebnisgleichheit.

Im Anschluss an diese Überlegungen ist anzunehmen, dass unter ausschließlicher Berücksichtigung der kognitiven Ressourcen bei einem höheren Bildungsniveau verstärkt (egalitär-)kritische Haltungen gegenüber dem Legitimationsprinzip der Meritokratie zu erwarten wären. Soziale Ungleichheit – egal auf welcher Legitimation basierend – wird nach dieser These von höher Gebildeten zugunsten eines generellen Gerechtigkeitsmotivs abgelehnt und insbesondere das Reziprozitätselement des meritokratischen Prinzips in Frage gestellt, d.h. nach dieser Argumentation *sinkt mit einem steigenden Bildungsniveau die Akzeptanz sozialer Ungleichheit auf Basis des meritokratischen Leistungsprinzips*.

Unter einem stärker ökonomischem Blickwinkel ist *Bildung als Humankapital als Grundvoraussetzung für den Statuserwerb* (Becker 1964) zu fassen und wird unter Berücksichtigung ihrer sozialen Auslese- und Selektionsfunktion sowie ihrer Renditen betrachtet: Bildung bzw. akkumulierte Bildungszertifikate können im späteren Erwerbsleben in Positionen auf dem Arbeitsmarkt umgesetzt werden, die bestimmte soziale Lagen nach sich ziehen. Über das erworbene Einkommen werden somit durch Bildung sozioökonomische Lebenschancen be-

stimmt (vgl. Becker 1998). Der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Berufsstatus ist im Statuszuweisungskonzept von Mayer und Blossfeld (1990) verankert, das auch im Zuge der Bildungsexpansion seine Gültigkeit nicht verloren hat: Der Schulabschluss hat einen substanziellen Anteil an der Erklärung des späteren Berufsstatus. Der Schulabschluss ist seinerseits abhängig von der sozialen Herkunft, d.h. dem sozialen Status der Eltern. Je höher das erreichte Bildungsniveau ist, desto höher ist der mögliche zu erreichende Berufsstatus, was eine größere Chance auf ein höheres Einkommen bedeutet. Der erworbene Beruf und die daraus resultierende soziale Lage ist schließlich mit spezifischen sozialen Interessen verbunden, die sich in spezifischen Werten – zu denen präferierte Prinzipien sozialer Ungleichheit bzw. Gerechtigkeitsprinzipien gehören – widerspiegeln (Weber 1972 [1920]). Die Ableitung einer These hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Bildungsniveau und der Akzeptanz sozialer Ungleichheit fokussiert entsprechend dieser Annahmen auf den Effekt von Status auf die Akzeptanz des meritokratischen Prinzips.

Überlegungen zur Schichtspezifität individueller Mentalitäten bzw. Wertsysteme gehen bereits auf Geiger (1972 [1932]) zurück und lassen je nach Sozialschicht variierende Akzeptanzniveaus und Legitimationsprinzipien vermuten. Unter anderem ergibt sich aus den theoretischen Überlegungen zu Klassenkulturen von Klingemann (1990), dass die Unterschiede in der Akzeptanz sozialer Ungleichheit zwischen den Sozialschichten – die durch spezifische Bildungsniveaus im Sinne der Verknüpfung von Bildung und Status gekennzeichnet sind – offenbar auf klassen- bzw. schichtspezifische Interessen zurückgehen: Während besser gestellten Schichten von der Ordnung sozialer Ungleichheit profitieren können, werden die von Reichtum und Macht ausgeschlossenen Schichten von diesem System strukturell benachteiligt. Aus diesen Klassen- bzw. Schichtlagen leitet Klingemann (1990) in Anlehnung an Weber (1992 [1920]) spezifische Wert- und Interessenorientierungen ab. Im Hinblick auf Schichtunterschiede in der Akzeptanz sozialer Ungleichheit ist zu vermuten, dass »those who are disadvantaged will be interested in reducing them and will attempt to redistribute goods from haves to have-nots« (Müller 1993, 95). Angehörige niedriger Schichten bzw. Individuen mit niedrigem Sozialstatus würden demnach soziale Ungleichheit in geringerem Ausmaß akzeptieren als Bessergestellte. Komplementär dazu steigt die Akzeptanz sozialer Ungleichheit, je begünstigter die soziale Lage ist. Neben dieser Rechtfertigungsfunktion besteht in den privilegierten Schichten auch ein Interesse an der Stabilisierung des Systems sozialer Ungleichheit durch entsprechende Orientierungen. »Es ist für privilegierte Klassen wahrscheinlicher, dass sie die bestehende normative Ordnung akzeptieren und

rechtfertigen, da dadurch ihre eigene Statusposition abgesichert wird« (Mau 1997, 45).

Eine Relativierung dieser These im Hinblick auf gering Gebildete bzw. benachteiligte Schichten findet sich bei Wegener (1987, 1991), der im Hinblick auf subjektive Wahrnehmungsprozesse des Status und sozialer Ungleichheit auf Basis empirischer Befunde zu Bedenken gibt, dass benachteiligte Schichten ihren Status häufig – um kognitive Dissonanz (Festinger 1957) zu reduzieren – nicht in dem Grad als benachteiligt wahrnehmen, wie dies objektiv der Fall ist. Die Illusion der Verteilungsgerechtigkeit im Sinne von Marktgerechtigkeit wird von sozial Deprivierten bewusst oder unbewusst dazu herangezogen, sich nicht als sozial depriviert zu fühlen bzw. ihre Benachteiligung bezüglich Gütern und Privilegien nicht als ungerecht wahrzunehmen (Wegener 1991). So nehmen benachteiligte Schichten oft nicht wahr, dass Modifizierungen an der Ordnung der Ungleichheit möglich sind und ihre Stellung verbessern könnten.

Trotz dieser Relativierungen ist im Hinblick auf den ersten Teil der Argumentation und die Annahme spezifischer Interessenlagen nach Weber (1992 [1920]) anzunehmen, *dass je privilegierter die soziale Position einer Person ist, diese desto stärker die auf dem meritokratischen Prinzip beruhende Ordnung sozialer Ungleichheit akzeptiert*.

Die beiden in den vorherigen Kapiteln abgeleiteten kontradiktorischen Thesen zum Zusammenhang zwischen Bildung und Akzeptanz sozialer Ungleichheit stellen ein interessantes *Paradox* dar. Offenbar führt einerseits höhere Bildung zu einer reflektierteren und kritischeren Betrachtung sozialer Ungleichheit, andererseits haben die höher Gebildeten auch häufig einen höheren Status, der sie zu Begünstigten der Ordnung sozialer Ungleichheit macht und sie diese deshalb stärker *akzeptieren* lässt. Für die Analyse zur Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zeitverlauf ergeben sich aus diesem Paradox zwei Konsequenzen. Zum einen sind in empirischen Analysen die Effekte von Bildung und Status voneinander getrennt zu analysieren – durch die simultane Modellierung beider Variablen –, um die jeweils genuine Einflüsse zu erfassen. Zum anderen wird der Blick auf Statusinkonsistenz gelenkt, d.h. ein *Mismatch* zwischen Bildungsniveau und erworbenem Status (Lanski 1966; Becker/Zimmermann 1995): Es ist der logische Schluss zu ziehen, dass Hochgebildete mit einem benachteiligten Status, d.h. diejenigen, die ihre Bildungszertifikate nicht in entsprechende (Berufs-) Positionen umsetzen konnten, soziale Ungleichheit am wenigsten akzeptieren und der Ordnung besonders kritisch gegenüber stehen sollten. Grund dafür ist, dass diese Gruppe hohe Reflexionsfähigkeiten aufweist und gleichzeitig am wenigsten von der Ordnung sozialer Ungleichheit profitieren konnte, sodass für diese das meri-

tokratische Prinzip tatsächlich einen Mythos bzw. eine Legitimationslegende darstellt.

Im Hinblick auf voneinander abweichende theoretische Ansätze (vgl. Hadjar 2008) unter Fokussierung des Staterhaltungsmotivs (Boudon 1974) und des Startniveaus (Wegener 1991) kann hinsichtlich Statusinkonsistenz folgende These formuliert werden, die beide Argumentationen komplementär verknüpft: *Statusinkonsistente, die ihr (höheres) Bildungszertifikat nicht in einen entsprechenden Status umsetzen konnten, stehen der auf dem meritokratischen Prinzip beruhenden Ordnung sozialer Ungleichheit besonders kritisch gegenüber, während Personen, die intragenerationale soziale Aufstiegsmobilität erlebt haben, diese besonders stark akzeptieren.*

3.2 Empirische Befunde zur Akzeptanz sozialer Ungleichheit

Nach der Darstellung verschiedener theoretischer Überlegungen soll nun geklärt werden, wie sich die thematisierten Zusammenhänge in empirischen Studien zeigen. Zunächst ist hinsichtlich des *gesellschaftlichen Ausmaßes verschiedener Legitimationsprinzipien* festzuhalten, dass Ungleichheit in marktorientierten, industrialisierten Staaten offenbar insbesondere auf Basis des Prinzips der Chancengleichheit bzw. des meritokratischen Prinzips weithin und zeitlich auch relativ stabil akzeptiert wird (Mau 1997; Noll/Roberts 2003; Watermann 2003; Hadjar 2008). Dennoch zeigen sich aber auch *Länderunterschiede* hinsichtlich der Sichtweise einer Gesellschaft auf sozialer Ungleichheit, die entsprechend einer Vergleichsstudie zu 17 Ländern von Delhey (1999, 8) u.a. durch folgende Faktoren strukturiert werden: Wohlstandsniveau, Niveau sozialer Ungleichheit und Wohlfahrtsstaatsregime als strukturelle Faktoren sowie Konfession und Anteil postmaterialistisch eingestellter Personen als eher kulturelle Faktoren. Deutschland lässt sich nach Liebig und Wegener (1995) als primär etatistische Gesellschaft – der Staat soll hier Gleichheit gewährleisten – kennzeichnen, in der dem meritokratischen Prinzip die Rolle einer breit geteilten, aber zwischen den Schichten variierenden sekundären Ideologie zukommt. In den USA trägt das individualistisch geprägte meritokratische Prinzip den Charakter einer universellen primären Ideologie, während dort dem etatistischen Prinzip die Rolle einer in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich bewerteten sekundären Ideologie zukommt. In einer ländervergleichenden Studie von Delhey (1999) fand das meritokratische Prinzip in Deutschland und Österreich als konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaaten eine mittlere Akzeptanz, während es in den USA, Neuseeland und Bulgarien besonders stark und in Slowenien, Ungarn und Norwegen besonders schwach ausgeprägt war.

Aber aufgrund welcher sozioökonomischen Merkmale unterscheiden sich Gruppen oder Individuen in ihrer Akzeptanz sozialer Ungleichheit? Im Hinblick auf das *Bildungsniveau* zeigt sich in multivariaten Betrachtungen (Hadjar 2008) unter Kontrolle der Klassenlage als Variable des sozioökonomischen Status, dass Niedriggebildete eine höhere Akzeptanz sozialer Ungleichheit auf Basis des meritokratischen Legitimationsprinzips aufweisen. Damit wird die Annahme empirisch gestützt, dass mit einem steigenden Bildungsniveau die Akzeptanz sozialer Ungleichheit sinkt. Das Erklärungsmuster, das kognitive Ressourcen für die stärkere Hinterfragung gesellschaftlicher Strukturen verantwortlich macht (vertreten von Meulemann 1982; Baumert 1991; Inglehart 1998), erfährt somit eine empirische Bestätigung.

Empirische Befunde stützen auch die Argumentation, dass mit einem höheren *Status* die Akzeptanz sozialer Ungleichheit steigt. Bereits die frühe Arbeit von Mayer (1975) zeigt, dass offenbar alle Schichten Ungleichheit akzeptieren. Dabei unterscheiden sich jedoch die Beweggründe: Die traditionelle Arbeiterklasse – die vor allem auf Statuserhalt bedacht ist, der durch soziale Sicherungssysteme garantiert wird – erscheint als besonders distanziert gegenüber dem meritokratischen bzw. Leistungsprinzip, während die Mittelschicht diesem Prinzip am stärksten anhängt. Empirische Befunde von Kraus und Müller weisen darauf hin, dass Selbstständige sowie höhere und gehobene Angestellte und Beamte (Dienstklasse) soziale Ungleichheit in stärkerem Maße akzeptieren, während ausführende Angestellte und Beamte sowie FacharbeiterInnen und MeisterInnen ungleichheitskritischer sind. Abstrahierend ist zu konstatieren, dass bei Individuen die Kritik an sozialer Ungleichheit abnimmt, »je günstiger ihre Klassenlage und je höher ihr Einkommen ist« (Kraus/Müller 1990, 13; vgl. auch Befunde von Müller 1993, 102). Zu einem ähnlichen Schluss gelangen auch die Studien der Gerechtigkeitsforschung (Wegener 1992, 277; Liebig/Wegener 1995): Die Ausprägung des (meritokratischen) Funktionalismus bzw. Individualismus ist in der Dienstklasse (Spitzenpositionen staatlicher bürokratischer und privater Institutionen) besonders hoch. Dies ist ein Beleg für die Annahme Dahrendorfs, dass die Dienstklasse in ihrem »Anteil an der Ausübung von Herrschaft« (Dahrendorf 1965b, 106) eigene meritokratische Interessen verfolgt und durchsetzt, da sie zu den ProfiteurInnen dieses Prinzips gehören. Auch in der komplexen Analyse der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion (Hadjar 2008) scheint der Befund auf, dass der soziale Status – operationalisiert über die Klassenlage oder das Berufsprestige – einen positiven Einfluss auf die Akzeptanz sozialer Ungleichheit hat. Dies traf – wie erwartet – vor allem auf Dienstklassenangehörige und Selbstständige zu. Die zu Beginn thematisierte *Statusinkonsistenz*-These – dass Statusinkonsistente, die ihr (höheres) Bildungszertifikat nicht

entsprechend in Status umsetzen konnten, sozialer Ungleichheit besonders kritisch gegenüberstehen – konnte in der gleichen Studie (Hadjar 2008) tendenziell bestätigt werden.

4. KONSEQUENZEN EINER MANGELNDEN AKZEPTANZ SOZIALER UNGLEICHHEIT

Die Frage nach der Legitimität stellt eine wichtige Frage des 21. Jahrhunderts dar, denn nur in der Bevölkerung akzeptierte Strukturen sind stabile Strukturen – wie Kriege, Umbrüche bis hin zu Terrorerfahrungen belegen. Es werden nun abschließend einige dieser Konsequenzen mangelnder Akzeptanz von Ungleichheit in den Blick genommen.

Im Hinblick auf die *Gesamtgesellschaft* (Makroebene) erscheinen Akzeptanz und Legitimität als essenzielle Überlebensvoraussetzungen einer gesellschaftlichen Ordnung. Wenn eine soziale Ordnung nicht als gerecht akzeptiert wird, kann sie im Sinne einer »faktischen Ordnung« (Parsons 1968 [1937]) allein unter Zwang fortbestehen (Wegener 1992, 269). Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit ist eine Voraussetzung für eine »normative Ordnung« (Parsons 1968 [1937]), die also durch eine bewusste Orientierung an Normen gekennzeichnet ist und eine hohe Systemstabilität aufweist. Die Notwendigkeit akzeptierter Regeln, um eigennütziges Verhalten zu koordinieren, wird bereits von Hume unterstrichen, der als Konsequenzen fehlender Akzeptanz für die gesellschaftliche Makroebene und jeden Einzelnen »Unordnung, Verwirrung, Krieg aller gegen alle« (Hume 1972 [1751], 46) in Aussicht stellt. Aus der Spannung zwischen Ungleichheitsvorstellungen – der Wahrnehmung der sozialen Verhältnisse bzw. wahrgenommener Handlungswirklichkeit – und Gerechtigkeitsvorstellungen – der erwünschten Verhältnisse bzw. Wertwirklichkeit – »entstehen gesellschaftliche Integrationsprobleme, auch wenn die Einstellungs-Verhaltens-Korrelation im Gerechtigkeitsbereich nicht sehr hoch sein muss« (Mau 1997, 42). Denn wenn die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verteilungsmuster nicht den präferierten Verteilungsprinzipien entspricht, können auf der individuellen Ebene Folgen eintreten wie Stress, Frustration und die Motivation zur Änderung der gesellschaftlichen Ordnung, welche Konsequenzen für die Makroebene haben (vgl. u.a. Homans 1968 [1961]).

Gemeinsame, über Klassen- bzw. Schichtgrenzen hinweg geteilte Werthaltungen und Auffassungen über das System sind letztlich »fundamentale Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des politischen Systems« (Klingemann 1990, 329). Diese These ist nicht normativ zu verstehen, d.h. sie bezieht sich auf

politische Ordnungen allgemein, egal ob diese wünschenswert sind oder als problematisch angesehen werden. Legitimität bedeutet im Hinblick auf das politische System die Fähigkeit, die Überzeugung herzustellen und aufrechtzuerhalten, dass die politischen Institutionen – und eben auch das gesellschaftliche Verteilungsprinzip – der Gesellschaft möglichst angemessen sind (Lipset 1960). Aus Desintegrations- und Anomietheorien (u.a. Merton 1995 [1957]; Anhut/Heitmeyer 2000) ist in ähnlicher Argumentationsrichtung abzuleiten, dass eine hohe Akzeptanz der sozialen Ordnung durch die Individuen und ein entsprechend starker – von den Werten der sozialen Ordnung strukturierter – Wertekonsens in der Gesellschaft (Sozialintegration) mit im Vergleich geringeren Abweichungen von normativen Mustern auf Einstellungs- und Handlungsebene wie Rechtsextremismus oder Delinquenz verbunden ist (vgl. Hadjar/Imhof 2007). Dass die erfolgreiche Legitimation sozialer Ungleichheit eine wesentliche Voraussetzung sozialer Ordnung ist, gilt vor allem für eine parlamentarische Demokratie wie die Bundesrepublik Deutschland:

»Für parlamentarische Demokratien ist weiterhin charakteristisch, dass sowohl ihre Institutionen als auch die darin getroffenen Entscheidungen nur dann von Bestand sein können, wenn sie mit dem Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger übereinstimmen.« (Lengfeld et al. 2000, 22)

Hondrich (1984, 282) kennzeichnet die Bedeutung sozialer Ungleichheiten und ihrer Akzeptanz für das soziale System ebenfalls als Integrations- und Solidaritätsproblem: Die alltägliche Verteilungsungleichheit würde in Anbetracht des weitverbreiteten Gleichheitsgrundsatzes zum Problem, wenn diese nicht durch das Legitimationsprinzip der Leistung bzw. der Chancengleichheit gerechtfertigt würde (Hondrich 1984, 267). So vermutet Hondrich (1984, 268), dass »Ungleichheiten an sich bedeutungslos sind. Sozial wirksam werden sie erst im Widerspruch zu Gleichheitswerten.« In der Geschichte lassen sich empirische Belege für die Bedeutung gesellschaftlicher Integration finden: Gesellschaften können faktisch an einer prekären Sozialintegration zerbrechen. So ist ein Grund für den Zusammenbruch der DDR darin zu finden, dass sich die Chancen zur sozialen (Aufstiegs-)Mobilität und die Bildungsungleichheiten nach einer kurzen Verbesserung zunehmend verschlechtert haben und die Bürgerinnen und Bürger diese mangelnden Aufstiegsmöglichkeiten nicht mehr akzeptieren wollten (Mayer/Solga 1994).

Wie bereits in den Ausführungen zu den Folgen mangelnder Legitimität angeklungen, sind diese mit Mikroebenenphänomenen verknüpft. Aus der strukturalistischen Sichtweise ist die Systemstabilität das Resultat der aggregier-

ten individuellen Einstellungen, Werthaltungen und Handlungen, die selbst durch die gesellschaftliche Ebene beeinflusst werden, nun aber wieder auf die gesellschaftliche Ebene zurückwirken (Coleman 1991). Entsprechend sind nun die Konsequenzen mangelnder Akzeptanz auf der individuellen Ebene von Interesse.

Werden auf der *Mikroebene* die soziale Ordnung und das dahinter stehende Verteilungsprinzip nicht akzeptiert bzw. stimmen die Werthaltungen eines Individuums nicht mit den wahrgenommenen Gegebenheiten überein, sind zum einen ein Rückzug vom gesellschaftlichen Leben und zum anderen ein höheres Protestpotenzial zu erwarten: Nur »wer überzeugt ist, dass [es] in der Gesellschaft alles in allem gerecht zugeht, wird sich mit der Gesellschaft identifizieren und – ohne Zwang – seinen Beitrag leisten« (Meulemann 1992, 103). Erklärt werden kann dieser Zusammenhang etwa mit dem *Group-Value-Modell* von Lind und Tyler (1988), nachdem eine Verletzung etwa der Kriterien der Verfahrensgerechtigkeit »als negatives Signal der Gruppe gegenüber dem jeweiligen Mitglied interpretiert« wird (Liebig 2004, 4) und die Identifikation mit der Gruppe und die Bereitschaft zur Unterordnung unter Gruppeninteressen abnehmen (Lind/Tyler 1988).

Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit hat auf der individuellen Ebene insbesondere Auswirkungen auf die Sicht- und Verhaltensweisen im Hinblick auf die politische Ordnung. Werthaltungen gegenüber sozialer Ungleichheit bzw. Gerechtigkeitsbewertungen haben Auswirkungen auf das politische Handeln – wobei diskussionswürdig erscheint, inwieweit politisches Handeln im Hinblick auf die Makroebene konstruktiv bzw. systemstabilisierend oder destruktiv bzw. -destabilisierend ist. Nach einer Kategorisierung von Liebig und Wegener (1999) ergeben sich auf der individuellen Ebene drei mögliche Reaktionsmuster auf wahrgenommene Ungerechtigkeit im Sinne nicht-legitimierter Ungleichheit: aktive Veränderung, Rückzug und Vermeidung sowie kognitive Umdeutung. Im Detail bezieht sich das *Reaktionsmuster der aktiven Veränderung* im Sinne der *Voice-Option* von Hirschman (1970) darauf, dass Individuen durch die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit motiviert werden, Ungerechtigkeiten zu bekämpfen und sich aktiv für eine Veränderung der sozialen oder politischen Ordnung bzw. des Verfahrens (Gurr 1970) einzusetzen. Im Sinne der Frustrations-Aggressions-Hypothese in der Anwendung von Homans (1968 [1961]) ist eine solche Aktivierung politischen Handelns als »aggressive« Reaktion auf Ungerechtigkeiten zu fassen, die durch enttäuschte Erwartungen und Frustrationen hervorgerufen wurde. Zu diesen Verhaltensmustern lassen sich Formen der konventionellen politischen Partizipation (Beteiligung an Wahlen, Mitarbeit in Parteien) und – insbesondere – der unkonventionellen politischen Partizipation mit

ihren legalen und illegalen Formen (ziviler Ungehorsam, politischer Protest, politische Gewalt) rechnen. Empirische Befunde weisen darauf hin, dass das Reaktionsmuster der aktiven Veränderung zu den Konsequenzen fehlender Akzeptanz sozialer Ungleichheit gehört, die in empirischen Analysen im Vergleich zu den anderen – Rückzug und Vermeidung sowie kognitiver Umdeutung – als häufigste Folge von Ungerechtigkeiten erscheint (vgl. Liebig/Wegener 1999). Ungleichheitskritische Werthaltungen im Sinne der Nicht-Akzeptanz von Ungleichheit haben einen Einfluss auf das Wahlverhalten: Während etwa in Deutschland ungleichheitskritische Werthaltungen mit Wahlentscheidungen zugunsten der Grünen oder der SPD einhergehen, wählen Personen mit einer ausgeprägten Akzeptanz sozialer Ungleichheit häufiger CDU oder FDP (Müller 1993). Die Bewertung der Verteilungsprinzipien sowie der Verteilungsergebnisse als ungerecht zeigt sich in empirischen Befunden auch mit einem erhöhten politischen Protestverhalten verknüpft (vgl. Lengfeld et al. 2000).

Das Reaktionsmuster *Rückzug und Vermeidung* bezieht sich darauf, dass Individuen ungerechte Situationen meiden, indem sie sich aus dem entsprechenden Feld zurückziehen. Aus nutzentheoretischer Sicht erscheint hier der Rückzug als kostengünstigste Alternative, gerade auch, wenn mögliche gerechtigkeitsherstellende Aktionen als erfolglos erscheinen (Erfolgswahrscheinlichkeit). Dies kann zum einen direkt durch tatsächliche Abwanderung (*Exit-Option*; Hirschman 1970) geschehen. Zum anderen sind, insbesondere wenn Alternativen fehlen und die Kosten der Abwanderung zu hoch wären, verdeckte Formen des Rückzugs denkbar wie Krankmeldungen und verringertes Engagement im Sinne einer »inneren Kündigung« (Tyler et al. 1997). Bezüglich des politischen Protests ist mit einer Verweigerung jeglicher politischer Partizipation zu rechnen, da dies nach der Argumentation der *Subjective-Expected-Utility-Theorie* (Jasso/Opp 1997) für den Einzelnen die kostengünstigste Alternative darstellt. Es bietet sich besonders im Hinblick auf die Wahlverweigerung neben der These des »stillen Protests« auch eine anomietheoretische Deutung an: Eine durch Ungerechtigkeiten und daraus entstehende Unzufriedenheiten beförderte zunehmende Desintegration in der Gesellschaft führt zu einer Aufweichung der Wahlnorm (Armingeon 1994). Allerdings zeigen aktuelle Befunde (vgl. Hadjar/Köthemann 2014), dass ein Mangel an Vertrauen und die Beteiligung an Wahlen nur in einem sehr geringen Zusammenhang stehen.

Bestehende Ungerechtigkeiten können schließlich durch *kognitives Umdeuten* dieser Ungerechtigkeitserfahrung nihiliert werden. Dabei wird die entsprechende Situation »mit unterschiedlichen Gründen subjektiv gerechtfertigt, neu bewertet oder ›mit anderen Augen‹ gesehen, so dass das ursprüngliche Unrecht nicht mehr als solches wahrgenommen wird« (Liebig/Wegener 1999, 271). Eine

solche Umdeutung, die häufig auf dem Vergleich mit – schlechter gestellten – Referenzgruppen beruht, führt zur Akzeptanz der bestehenden Ungerechtigkeiten bzw. Ungleichheiten. Dabei ist vor allem auch die Zeit von Bedeutung, denn lange anhaltende Ungerechtigkeiten können durch einen Gewöhnungseffekt, der die Suche nach Uminterpretationen beinhaltet, in der Wahrnehmung gemildert werden (Homans 1968).

Folgen auf der individuellen Ebene sind nicht nur bezüglich politischer Einstellungen und Handlungen zu erwarten, sondern auch im Hinblick auf leistungs- oder aufstiegsorientierte Einstellungen und Verhaltensmuster. Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit – und damit die Legitimität der Ordnung der Ungleichheit bzw. des Schichtungssystems – wirken über Aufstiegsorientierung und Statusaspirationen auf einer kognitiven Ebene und beeinflussen so die Handlungsebene. Das Gefühl, durch Leistung und Fähigkeiten aufsteigen zu können (im Sinne von *Efficacy*, Selbstwirksamkeits- bzw. Kontrollüberzeugungen; vgl. Heckhausen/Schulz 1995) zieht eine Aktivierung zum Handeln nach sich (vgl. Becker 2003).

5. FAZIT

Die Betrachtung der verschiedenen theoretischen Argumentationen und der empirischen Befunde hat ein Paradox dahingehend aufgezeigt, dass Hochgebildete offenbar Ungleichheit generell kritischer gegenüberstehen und entsprechend Ungleichheit im geringeren Ausmaß akzeptieren, während andererseits ein höherer Status mit einer stärkeren Akzeptanz der geltenden Ungleichheitsprinzipien (Meritokratie bzw. Leistungsprinzip) verbunden ist. In der Verknüpfung zeigte sich, dass negativ Statusinkonsistente, d.h. hoch gebildete Individuen, die ihre Bildungsinvestitionen nicht in Status transferieren konnten, besonders kritisch gegenüber sozialer Ungleichheit sind.

Hinsichtlich der Konsequenzen mangelnder Legitimität bzw. mangelnder Akzeptanz sozialer Ungleichheit lassen sich auf der individuellen Ebene mangelnde Systemloyalität, abweichendes Verhalten, politisches (Protest-)Handeln sowie eine geringere Leistungs- und Mobilitätsorientierung anführen, die sich negativ auf die Systemstabilität auf der gesellschaftlichen Ebene auswirken. Aus einer nutzentheoretischen Argumentation im Hinblick auf die Makroebene bedeutet ein höherer Legitimitätsgrad der gesellschaftlichen Ordnung sozialer Ungleichheit zusammenfassend geringere Kontrollkosten, ein geringeres Ausmaß an Konflikt und damit geringere Kosten zur Lösung von Konflikten sowie – insbesondere im Hinblick auf die Geltung des meritokratischen Prinzips – ein höhe-

res Wirtschaftswachstum und Prosperität. Im Hinblick auf politische Partizipation bieten sich zwei Deutungen an: Im Sinne von Dahrendorf (1965a) bedeutet eine höhere Legitimität auch eine stärkere politische Beteiligung und damit die verstärkte Wahrnehmung demokratischer Grundrechte. Während diese Wirkung eher systemstabilisierend erscheint, stellt sich politischer Protest aus der Perspektive von Anomie- und Konflikttheorien als destabilisierend dar. Hier kommt es sicherlich auf die Art des politischen Protesthandelns an.

Ableiten lässt sich, dass jene Hochgebildeten, die aus ihrer Sicht nicht ausreichend von der Ordnung sozialer Ungleichheit profitieren, ein wichtiger Schrittmacher sozialen Wandels bzw. des Wandels gesellschaftlicher Ordnungen sein könnten, wenn sie durch die wahrgenommenen Ungerechtigkeiten politisch aktiviert werden.

LITERATUR

- Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2000): »Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption.« In: Heitmeyer Wilhelm/Anhut, Reimund (Hg.): *Bedrohte Stadtgesellschaft*. Weinheim/München: Juventa, S. 17-75.
- Armington, Klaus (1994): »Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung.« In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46, S. 43-64.
- Baumert, Jürgen (1991): »Langfristige Auswirkungen der Bildungsexpansion.« In: *Unterrichtswissenschaft* 19, S. 333-349.
- Becker, Gary S. (1964): *Human capital*. New York: Columbia University Press.
- Becker, Rolf/Hadjar, Andreas (2009): »Meritokratie: Zur gesellschaftlichen Legitimation ungleicher Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen in modernen Gesellschaften.« In: Becker, Rolf (Hg.): *Lehrbuch der Bildungssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 35-59.
- Becker, Rolf (1998): »Bildung und Lebenserwartung in Deutschland.« In: *Zeitschrift für Soziologie* 27, S. 133-150.
- Becker, Rolf (2003): »Educational Expansion and Persistent Inequalities of Education: Utilising the Subjective Expected Utility Theory to Explain the Increasing Participation Rates in Upper Secondary School in the Federal Republic of Germany.« In: *European Sociological Review* 19, S. 1-24.
- Becker, Rolf/Hadjar, Andreas (2009): »Meritokratie: Zur gesellschaftlichen Legitimation ungleicher Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen in modernen Gesellschaften.« In: Rolf Becker (Hg.): *Lehrbuch der Bildungssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 35-59.

- Becker, Rolf/Hadjar, Andreas (2010): »Das Ende von Stand und Klasse? 25 Jahre theoretische Überlegungen und empirische Betrachtungen aus der Perspektive von Lebensverläufen unterschiedlicher Kohorten.« in: Berger, Peter A./Hitzler, Ronald (Hg.): *Individualisierungen*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 51-72.
- Becker, Rolf/Zimmermann, Ekkart (1995): »Statusinkonsistenz im Lebensverlauf.« In: *Zeitschrift für Soziologie* 24, S. 358-370.
- Bornschieer, Volker (1991): »Zum Problem der sozialen Ungleichheit.« In: Bornschieer, Volker (Hg.): *Das Ende der sozialen Schichtung?* Zürich: Seismo, S. 9-36
- Boudon, Raymond (1974): *Education, opportunity, and social inequality*. New York: Wiley.
- Coleman, James S. (1991): *Grundlagen der Sozialtheorie. Band 1: Handlungen und Handlungssysteme*. München: Oldenbourg.
- Dahrendorf, Ralf (1965a): *Bildung ist Bürgerrecht*. Hamburg: Nannen.
- Dahrendorf, Ralf (1965b): *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München: Piper.
- Dahrendorf, Ralf (1974 [1967]): *Pfade aus Utopia*. München: Piper.
- Davis, Kingsley/Moore, E. Wilbert (1967 [1945]): »Einige Prinzipien der sozialen Schichtung.« In: Hartmann, Heinz (Hg.), *Moderne amerikanische Soziologie*. Stuttgart: Enke, S. 347-357.
- Delhey, Jan (1999): *Inequality and Attitudes. Postcommunism, Western Capitalism and Beyond*. Discussion Paper FS III 99-403. Berlin: WZB.
- Esping-Anderson, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Esser, Hartmut (1999): *Soziologie: Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln*. Frankfurt am Main: Campus.
- Festinger, Leon (1957): *A Theory of Cognitive Dissonance*. Stanford: Stanford University Press.
- Gabriel, Oscar W. (1987): *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der BRD*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Geiger, Theodor (1972 [1932]): *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*. Stuttgart: Enke.
- Gouldner, Alvin W. (1973): *For Sociology. Renewal and Critique in Sociology Today*. London: Lane Publishers.
- Gurr, Ted R. (1970): *Why men rebel*. Princeton: Princeton University Press.
- Hadjar, Andreas (2008): *Meritokratie als Legitimationsmythos*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Hadjar, Andreas/Becker, Rolf (2006): »Bildungsexpansion – erwartete und unerwartete Folgen.« In: Hadjar, Andreas/Becker, Rolf (Hg.): *Die Bildungsexpansion*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 11-24
- Hadjar, Andreas/Imhof, Regula (2007): Bildungsexpansion und Anti-Zivilmoral. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 33, S. 279-306.
- Hadjar, Andreas/Köthemann, Dennis (2014): »Klassenspezifische Wahlabsistenz – Spielt das Vertrauen in politische Institutionen eine Rolle?« In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 66, S. 51-76.
- Heckhausen, Jutta/Schulz, Richard (1995): »A Life-Span Theory of Control.« In: *Psychological Review* 102, S. 284-304.
- Hirschman, Alfred O. (1970): *Exit, voice and loyalty*. Cambridge: Harvard University Press.
- Hobbes, Thomas (2002 [1651]): *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hoffmann-Lange, Ursula (1997): »Jugend zwischen politischer Teilnahmebereitschaft und Politikverdrossenheit.« In: Palentin, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hg.): *Jugend und Politik*. Neuwied: Luchterhand, S. 178-205
- Homans, George C. (1968 [1961]): *Elementarformen sozialen Verhaltens*. Köln: Westdeutscher Verlag.
- Hondrich, Karl Otto (1984): »Der Wert der Gleichheit und der Bedeutungswandel der Ungleichheit.« In: *Soziale Welt* 35, S. 267-293
- Hume, David (1972 [1751]): *Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral*. Hamburg: Meiner.
- Inglehart, Ronald (1998): *Modernisierung und Postmodernisierung*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Jasso, Guillermina/Opp, Karl-Dieter (1997): »Probing the character of norms.« In: *American Sociological Review* 62, S. 947-964.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): *Schrumpfende Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Klingemann, Hans-Dieter (1990): »Sozio-ökonomische Ungleichheit und Klassenbewusstsein in westlichen Industriegesellschaften.« In: Süß, Werner (Hg.): *Übergänge*. Berlin: Duncker und Humblot, S. 317-329.
- Kneubühler, Hans-Ulrich (2004): »Lehrpersonen im Spannungsfeld von Chancengleichheit und sozialer Ungleichheit.« In: *Beiträge zur Lehrerbildung* 22, S. 336-346.
- Kohlberg, Lawrence (1995 [1984]): *Die Psychologie der Moralentwicklung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kraus, Vered/Müller, Walter (1990): »Legitimation sozialer Ungleichheit bleibt prekär.« In: *ISI-Informationsdienst Soziale Indikatoren* 3, S. 10-14.

- Lengfeld, Holger/Liebig, Stefan/Märker, Alfredo (2000): »Politisches Engagement, Protest und die Bedeutung sozialer Ungerechtigkeit.« In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B7-8/2000, S. 22-31.
- Lenski, Gerhard (1966): *Power and Privilege: A Theory of Social Stratification*. New York: McGraw-Hill.
- Levi, Margaret/Sacks, Audrey/Tyler, Tom (2009): »Conceptualizing Legitimacy, Measuring Legitimizing Beliefs.« In: *American Behavioral Scientist* 53, S. 354-375.
- Liebig, Stefan (2004): Empirische Gerechtigkeitsforschung. ISGF-Arbeitsbereich 41. Berlin: Humboldt Universität.
- Liebig, Stefan/Wegener, Bernd (1995): »Primäre und sekundäre Ideologien.« In: Müller, Hans-Peter/Wegener, Bernd (Hg.): *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*. Opladen: Leske+Budrich, S. 265-293.
- Liebig, Stefan/Wegener, Bernd (1999): »Protest und Verweigerung. Die Folgen sozialer Ungerechtigkeit in Deutschland.« In: Schmitt, Manfred/Montada, Leo (Hg.): *Gerechtigkeitserleben im wiedervereinigten Deutschland*. Opladen: Leske+Budrich, S. 263-298.
- Lind, E. Allan/Tyler, Tom R. (1988): *The Social Psychology of Procedural Justice*. New York: Plenum Press.
- Linton, Ralph (1964 [1936]): *The Study of Man*. New York: Appleton.
- Lipset, Seymour M. (1960): *Political Man*. Garden City, NY: Doubleday and Co.
- Mau, Steffen (1997): *Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten*. Berlin: WZB.
- Mayer, Karl-Ulrich (1975): *Ungleichheit und Mobilität im sozialen Bewusstsein*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mayer, Karl Ulrich (1992): »Bildung und Arbeit in einer alternden Gesellschaft.« In: Baltes, Paul/Mittelstraß, Jürgen (Hg.): *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 518-543.
- Mayer, Karl-Ulrich/Blossfeld, Hans-Peter (1990): »Die gesellschaftliche Konstruktion sozialer Ungleichheit im Lebensverlauf.« In: Berger, Peter A./Hradil, Stefan (Hg.), *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*. Göttingen: Schwartz, S. 297-318.
- Mayer, Karl-Ulrich/Solga, Heike (1994): »Mobilität und Legitimität.« In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46, S. 193-208
- Merton, Robert K. (1995 [1957]): *Soziologische Theorie und soziale Struktur*. Berlin: de Gruyter.

- Meulemann, Heiner (1992): »Gleichheit, Leistung und der Wandel oder Nicht-Wandel von Werten.« in: Klages, Helmut, Hippler, Hans-Jürgen/Herbert, Willi (Hg.): *Werte und Wandel*. Frankfurt a.M./New York: Campus. S. 100-126
- Meulemann, Heiner (2004): »Sozialstruktur, soziale Ungleichheit und die Bewertung der ungleichen Verteilung von Ressourcen.« In: Berger, Peter A./Schmidt, Volker H. (Hg.): *Welche Gleichheit, welche Ungleichheit?* Wiesbaden: VS Verlag, S. 115-136.
- Müller, Walter (1993): »Social Structure, Perception and Evaluation of Social Inequality and Party Preferences.« In: Krebs, Dagmar/Schmidt, Peter (Hg.), *New Directions in Attitude Measurement*. Berlin: de Gruyter, S. 94-117
- Noll, Heinz-Herbert (1992): »Zur Legitimität sozialer Ungleichheit in Deutschland.« In: Mohler, Peter Ph./Bandilla, Wolfgang (Hg.): *Blickpunkt Gesellschaft 2. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger in Ost und West*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1-20.
- Noll, Heinz-Herbert/Roberts, Lance W. (2003): »The Legitimacy of Inequality on Both Sides of the Atlantic.« In: *The Tocqueville Review/La Revue Tocqueville* 24, S. 153-189.
- Parkin, Frank (1971): *Class Inequality and Political Order*. London: MacGibbon & Kee.
- Parsons, Talcott (1953): »A Revised Analytical Approach to the Theory of Social Stratification.« In: Bendix, Reinhard/ Lipset, Seymour M. (Hg.), *Class, Status, Power*. Glencoe: Free Press, S. 92-128.
- Parsons, Talcott (1968 [1937]): *The Structure of Social Action*. New York: Free Press.
- Piaget, Jean (1992 [1947]): *Psychologie der Intelligenz*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Sidanius, J./Pratto, F. (1999): *Social dominance*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Solga, Heike (2005): »Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen.« In: Berger, Peter A./Kahlert, Heike (Hg.): *Institutionalisierte Ungleichheiten?* Weinheim/München: Juventa, S. 19-38
- Tyler, Tom R./Boeckmann, Robert J./Smith, Heather J./Huo, Yeun J. (1997): *Social Justice in a diverse society*. Boulder: Westview Press.
- Watermann, Rainer (2003): *Gesellschaftsbilder im Jugendalter*. Opladen: Leske +Budrich.
- Weber, Max (1992 [1920]): »Asketischer Protestantismus und kapitalistischer Geist.« In: Weber, Max (Herausgegeben von Johannes Winkelmann): *Soziologie. Universalgeschichtliche Analysen. Politik*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, S. 357-381

- Wegener, Bernd (1987): »The Illusion of Distributive Justice.« In: *European Sociological Review* 3, S. 1-13.
- Wegener, Bernd (1991): »Relative deprivation and social mobility.« In: *European Sociological Review* 7, S. 3-18.
- Wegener, Bernd (1992): »Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen.« In: *Zeitschrift für Soziologie* 21, S. 269-283.
- Wegener, Bernd/Liebig, Stefan (1995): »Hierarchical and Social Closure Conceptions of Distributive Social Justice.« In: Kluegel, James R./Mason, David S./Wegener, Bernd (Hg.): *Social Justice and Political Change*. New York: De Gruyter, S. 239-259.
- Wegener, Bernd/Liebig, Stefan (1999): »Gerechtigkeitsideologien 1991-1996.« In: Meulemann, Heiner (Hg.): *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland*. Opladen: Leske+Budrich, S. 25-59
- Young, Michael (1958): *The Rise of the Meritocracy*. London: Thames and Hudson.

